

Gesundheitspolitische Informationen aus Berlin

Koalition einig über Sparpaket und GKV Finanzierung

Berlin, 9. Juli 2010. Die Spitzen der schwarz-gelben Regierungskoalition haben sich noch vor Beginn der Sommerpause auf kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Konsolidierung der Krankenkassenfinanzen sowie auf Grundzüge einer Finanzreform der gesetzlichen Krankenversicherung geeinigt.

Um das erwartete Defizit der GKV von rund elf Milliarden Euro im kommenden Jahr auszugleichen, verständigten sich Union und FDP auf einen Ausgabenstopp bei den Verwaltungskosten der Krankenkassen für die nächsten beiden Jahre. Gespart werden soll auch bei den Leistungserbringern: Falls Krankenhäuser über die vertraglich vereinbarten Leistungen hinaus Mehrleistungen erbringen, wird ein Effizienzabschlag von 30 % festgesetzt. Außerdem dürfen die Krankenhausausgaben lediglich in Höhe der halben Grundlohnsummensteigerung wachsen. Eine zunächst diskutierte Nullrunde für die Kliniken ist demnach vom Tisch. Allerdings sind die Maßnahmen im stationären Sektor zeitlich nicht begrenzt.

Zudem soll das Vergütungsniveau in der hausarztzentrierten Versorgung begrenzt werden. Es gilt aber Vertrauensschutz für die Verträge, die bis zum Kabinettsbeschluss rechtsgültig sind. Ferner werden bei den Zahnärzten die Zuwächse auf die halbe Grundlohnsummensteigerung begrenzt und die Preise für Impfstoffe auf das europäische Durchschnittsniveau gesenkt. Zudem

sollen Wirtschaftlichkeitsreserven bei Arzneimittel-Reimporten gehoben werden. Weitere Einsparungen bei den Leistungserbringern – insbesondere aus dem vertragsärztlichen Bereich – gehen aus dem Beschlusspapier der Koalitionäre nicht hervor. Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) wies jedoch bei der Vorstellung des Verhandlungsergebnisses darauf hin, dass im Bereich der extrabudgetären Leistungen Einsparungen von 350 Millionen generiert werden sollen. Insgesamt sollen mit dem Sparpaket im Jahr 2011 rund 3,5 Milliarden Euro und im Jahr 2012 rund 4 Milliarden Euro eingespart werden.

Deckelung der Zusatzbeiträge wird aufgehoben

Um das Einsparvolumen von 11 Milliarden Euro zu realisieren, wird zudem der paritätisch finanzierte Beitragssatz auf 14,6 % angehoben. Der nur vom Arbeitnehmer finanzierte Beitrag von 0,9 % bleibt erhalten. Der Arbeitgeberbeitrag wird auf der Höhe von 7,3 % festgeschrieben. Künftige Ausgabensteigerungen sollen durch kassenindividuell festgelegte, sozial ausgeglichene einkommensunabhängige Zusatzbeiträge der Versicherten finanziert werden. Hierzu berechnet das Bundesversicherungsamt einen durchschnittlichen Zusatzbeitrag. Übersteigt der durchschnittliche Zusatzbeitrag 2 Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens, wird er über Steuermittel sozial ausgeglichen.

Hausärzterverband startet bundesweite Kampagne zum Erhalt der Hausarztverträge

Berlin. Mit einer bundesweiten Protestkampagne reagiert der Deutsche Hausärzterverband (HÄV) auf Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, die ärztlichen Honorare bei Hausarztverträgen künftig auf das Niveau der Regelversorgung zu begrenzen. Wie HÄV-Chef Ulrich Weigeldt am 21. Juli 2010 in Berlin mitteilte, startet die Kampagne mit einer Plakataktion mit dem Slogan „Der Bundesgesundheitsminister gefährdet Ihre Gesundheit“. Flankiert wird die Aktion mit einem Internetauftritt, auf dem Versicherte informiert werden sollen, wie sich einzelne Bundestagsabgeordnete zum Thema „Hausarztzentrierte Versorgung“ positionieren. Zudem hat der Verband für den 15. September einen Aktionstag angekündigt. Dabei soll in Praxen über Konzepte zur hausarztzentrierten Versorgung aufgeklärt werden. Als weitere Eskalationsstufe schließt Weigeldt auch regional begrenzte Praxisschließungen nicht aus.

Nach den von Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) vorgelegten Reform-Eckpunkten soll die ärztliche Vergütung bei Hausarztverträgen die Regelleistungsvolumina nicht übersteigen. Diese Regelung soll nicht für bereits abge-

schlossene Verträge gelten. Nach Angaben des Deutschen Hausärzterverbandes wurden bisher 91 Hausarztverträge nach einer Schiedsgerichtsentscheidung abgeschlossen. Bei weiteren rund 660 Schiedsverfahren wurden Schiedspersonen bestimmt.

„Uns ist vom Ministerium klar signalisiert worden, dass man mit uns nicht sprechen will“, sagte Weigeldt bei der Präsentation der Kampagne. Der HÄV-Vorsitzende hob jedoch hervor, dass zumindest von der CSU-Spitze Verständnis für die Situation der Hausärzte geäußert worden sei. Rückendeckung gibt es auch von ärztlichen Verbänden: „Der Hausärzterverband hat unsere volle Unterstützung“, betonte der Vorsitzende des MEDI-Verbands, Dr. Werner Baumgärtner, bei der Pressekonferenz. Er verwies auf eine gemeinsame Pressemitteilung von NAV-Virchowbund, Bundesverband der Ärztegenossenschaften und MEDI, in der sich die Organisationen solidarisch mit dem Hausärzterverband erklären. Baumgärtner äußerte zudem die Sorge, dass das Aus für Hausarztverträge mittelfristig auch zu einer Abwicklung der Facharztverträge nach §73c, SGB V führen könnte.